

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- * **Verordnung (EG) Nr. 439/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2177/92 betreffend die vorläufige Zuckerbedarfsvorausschätzung für das Wirtschaftsjahr 1995/96 für die Azoren** 1
- * **Verordnung (EG) Nr. 440/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte Mischungen von Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste** 2
- * **Verordnung (EG) Nr. 441/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Festlegung bestimmter Durchführungsbestimmungen zu einem Zollkontingent für aus Polen eingeführte Kartoffelstärke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1995/92** 4
- * **Verordnung (EG) Nr. 442/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1912/92, (EWG) Nr. 1913/92, (EWG) Nr. 2254/92, (EWG) Nr. 2255/92, (EWG) Nr. 2312/92 und (EWG) Nr. 1148/93 hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen für die Sondermaßnahmen zur Versorgung der Kanarischen Inseln, der Azoren, Madeiras und der französischen überseeischen Departements mit bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der zu gewährenden Beihilfen** 8
- * **Verordnung (EG) Nr. 443/96 der Kommission vom 11. März 1996 über den Verkauf von Rindfleisch, das zur Verarbeitung in der Gemeinschaft bestimmt ist, aus Beständen einiger Interventionsstellen nach dem Verfahren der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1181/95** 16
- * **Verordnung (EG) Nr. 444/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/95 zur Festsetzung einer Ausfuhrabgabe auf die Erzeugnisse der KN-Codes 1001 10 00 und 1103 11 10** 20
- Verordnung (EG) Nr. 445/96 der Kommission vom 11. März 1996 mit den im zweiten Vierteljahr 1996 gemäß den zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien sowie Rumänien geschlossenen Interimsabkommen einführbaren Käsemengen 22

Verordnung (EG) Nr. 446/96 der Kommission vom 11. März 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	24
* Richtlinie 96/11/EG der Kommission vom 5. März 1996 zur Änderung der Richtlinie 90/128/EWG über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (!)	26

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

96/191/EG:

* Beschluß des Rates vom 26. Februar 1996 über den Abschluß des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)	31
Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpen-Konvention)	32

Kommission

96/192/EG:

* Entscheidung der Kommission vom 19. Februar 1996 mit Sonderbedingungen für die Einfuhr von Fischvollkonserven mit Ursprung in Rußland (!)	37
---	----

96/193/EG:

* Entscheidung der Kommission vom 27. Februar 1996 zur Änderung der Entscheidung 94/198/EG mit Sonderbedingungen für die Einfuhr von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur mit Ursprung in Brasilien (!)	43
--	----

(!) Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 439/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2177/92 betreffend die vorläufige Zuckerbedarfsvorausschätzung für das Wirtschaftsjahr 1995/96 für die Azoren

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2537/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 10,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2537/95, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4 und Artikel 7 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 2 der Verordnungen (EWG) Nr. 1600/92 und (EWG) Nr. 1601/92 werden für die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln vorläufige Zuckerversorgungsbilanzen erstellt. Für das Wirtschaftsjahr 1995/96 wurden diese Bilanzen mit der Verordnung (EWG) Nr.

2177/92 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 260/96⁽⁵⁾, festgelegt. In Anwendung des genannten Artikels 2 und aufgrund der letzten Vorausschätzungen muß der Verbrauch der Azoren neu festgestellt werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2177/92 wird für das Wirtschaftsjahr 1995/96 die Menge von „4 500 Tonnen“ für die Azoren durch die Menge von „5 500 Tonnen“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 260 vom 31. 10. 1995, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992, S. 71.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 34 vom 13. 2. 1996, S. 16.

VERORDNUNG (EG) Nr. 440/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte Mischungen von Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Gemeinschaft hat sich im Rahmen der von der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkünfte verpflichtet, für bestimmte Mischungen von Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste Zollkontingente zu eröffnen⁽³⁾. Einfuhren im Rahmen dieser Kontingente erfolgen zollfrei.

Diese Kontingente sind zum 1. Januar 1996 zu eröffnen. Außerdem sind für ihre Verwaltung Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Insbesondere muß den Importeuren der Gemeinschaft ein gleicher und ständiger Zugang zu diesen Kontingenten und bis zu ihrer Ausschöpfung die zollfreie Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse gewährleistet werden. Zur Sicherstellung einer guten Verwaltung dieser Kontingente können die Mitgliedstaaten jedoch ermächtigt werden, im Rahmen der verfügbaren Mengen die Ziehung der der tatsächlichen Einfuhr entsprechenden Mengen vorzunehmen. Eine derartige Verfahrensweise würde eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission voraussetzen. Die Kommission müßte insbesondere in der Lage sein, die aus dem Kontingent noch verfügbaren Mengen festzustellen und den Mitgliedstaaten mitzuteilen.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zollaussetzung für die nachstehenden Erzeugnisse im Rahmen der jährlichen Gemeinschaftszollkontingente:

Laufende Nummer	KN-Code	Taric-Code	Warenbezeichnung ⁽¹⁾	Kontingentsmenge
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
09.2903	ex 2309 90 31	10	Zubereitung, bestehend aus einer Mischung aus Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste vor dem Mälzen (einschließlich Samen wildwachsender Pflanzen) sowie vom Reinigen der Gerstenkörner nach dem Mälzen, mit einem Proteingehalt von 15,5 GHT oder mehr	100 000 t
	ex 2309 90 41	40	Zubereitung, bestehend aus einer Mischung aus Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste vor dem Mälzen (einschließlich Samen wildwachsender Pflanzen) sowie vom Reinigen der Gerstenkörner nach dem Mälzen, mit einem Proteingehalt von 15,5 GHT oder mehr und mit einem Stärkegehalt von nicht mehr als 23 GHT	

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 336 vom 23. 12. 1994, S. 22.

Laufende Nummer	KN-Code	Taric-Code	Warenbezeichnung ⁽¹⁾	Kontingentsmenge
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
09.2905	ex 2309 90 31	10	Zubereitung, bestehend aus einer Mischung aus Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste vor dem Mälzen (einschließlich Samen wildwachsender Pflanzen) sowie vom Reinigen der Gerstenkörner nach dem Mälzen, mit einem Proteingehalt von 12,5 GHT oder mehr	20 000 t
	ex 2309 90 31	15		
	ex 2309 90 41	40	Zubereitung, bestehend aus einer Mischung aus Malzkeimlingen und Rückständen vom Sichten der Gerste vor dem Mälzen (einschließlich Samen wildwachsender Pflanzen) sowie vom Reinigen der Gerstenkörner nach dem Mälzen, mit einem Proteingehalt von 12,5 GHT oder mehr und mit einem Stärkegehalt von nicht mehr als 28 GHT	
	ex 2309 90 41	50		

⁽¹⁾ Die Warenbezeichnung ist die der Kombinierten Nomenklatur im ABl. Nr. L 319 vom 31. 12. 1995. Bei Erzeugnissen mit Taric-Code wird die Kombinierte Nomenklatur durch die Beschreibung der in Spalte 4 berücksichtigten Waren vervollständigt.

Artikel 2

Legt ein Importeur in einem Mitgliedstaat eine Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr vor, die einen Antrag auf Gewährung der Zollvergünstigung für ein in Artikel 1 genanntes Erzeugnis enthält, und nehmen die Zollbehörden diese Anmeldung an, so nimmt der betreffende Mitgliedstaat durch Meldung an die Kommission die Ziehung einer diesem Bedarf entsprechenden Menge auf die Kontingentsmenge vor.

Die Anträge auf Ziehung sind der Kommission zusammen mit der Angabe, wann die Anmeldungen zur Überprüfung in den freien Verkehr angenommen wurden, unverzüglich zu übermitteln.

Die Ziehungen werden von der Kommission entsprechend der zeitlichen Reihenfolge gewährt, in der die Zollbehörden des betreffenden Mitgliedstaats die Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr angenommen haben, soweit die Restmenge ausreicht.

Nutzt ein Mitgliedstaat die gezogenen Mengen nicht aus, so hat er den nicht ausgenutzten Teil so bald wie möglich auf das entsprechende Kontingent zurückzuübertragen.

Sind die beantragten Mengen höher als der verfügbare Rest des Kontingents, so erfolgt die Zuteilung anteilig im Verhältnis der Anträge. Die Mitgliedstaaten werden von der Kommission über die vorgenommenen Ziehungen unterrichtet.

Artikel 3

Jeder Mitgliedstaat garantiert den Importeuren der in Artikel 1 genannten Erzeugnisse gleichen, kontinuierlichen Zugang zu den Kontingenten, soweit der Rest der jeweiligen Kontingentsmenge ausreicht.

Artikel 4

Die Mitgliedstaaten und die Kommission arbeiten eng zusammen, um die Einhaltung der Artikel 1 bis 3 sicherzustellen.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 441/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

zur Festlegung bestimmter Durchführungsbestimmungen zu einem Zollkontingent für aus Polen eingeführte Kartoffelstärke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1995/92

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2179/95 des Rates vom 8. August 1995 zur vorübergehenden autonomen Anpassung von in den Europa-Abkommen vorgesehenen landwirtschaftlichen Zugeständnissen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3379/94 zur Eröffnung und Verwaltung von Zollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Bier (1995), um dem im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkommen über die Landwirtschaft Rechnung zu tragen⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 8,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3066/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur autonomen und befristeten Anpassung bestimmter in den Europa-Abkommen vorgesehener Zugeständnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse, um dem im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkommen über die Landwirtschaft Rechnung zu tragen⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Das Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits sieht Zugeständnisse für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Polen vor. Diese Zugeständnisse beziehen sich auf Ermäßigungen der spezifischen landwirtschaftlichen Zölle im Rahmen der Zollkontingente und Ermäßigungen der Zölle. Der Rat hat Maßnahmen zur vorübergehenden autonomen Anpassung der in den Europa-Abkommen vorgesehenen landwirtschaftlichen Zugeständnisse getroffen, und zwar für den Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis 31. Dezember 1995 mit der Verordnung (EG) Nr. 2179/95 und für den Zeit-

raum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1996 mit der Verordnung (EG) Nr. 3066/95. Die Liste der Zugeständnisse, die für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ursprung in Polen gelten, ist in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2179/95 und in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 3066/95 aufgeführt. Bei Kartoffelstärke besteht das Zugeständnis in einer Ermäßigung des Einfuhrzolls um 80 % bei einer Jahresmenge von 7 500 Tonnen.

Die Durchführungsbestimmungen müssen angepaßt werden, um den vorübergehenden autonomen Zugeständnissen Rechnung zu tragen. Daher muß die Verordnung (EWG) Nr. 1995/92 der Kommission vom 15. Juli 1992 zur Festlegung der Kartoffelstärke betreffenden Durchführungsbestimmungen zu der Einfuhrregelung im Rahmen des von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Polen andererseits geschlossenen Interimsabkommens⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1851/95⁽⁶⁾, ersetzt werden.

Um die ordnungsgemäße Verwaltung der genannten Regelungen sicherzustellen und eine Überschreitung der festgesetzten Jahresmengen zu vermeiden, sind besondere Bestimmungen für die Antragstellung und die Lizenzerteilung zu erlassen. Diese Bestimmungen ergänzen die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2137/95⁽⁸⁾, oder weichen von ihnen ab.

Es sind Bestimmungen zur Gewährleistung des Erzeugnisursprungs zu treffen, und es ist vorzusehen, daß die Regelung anhand der Einfuhrlicenzen verwaltet wird. Zu diesem Zweck ist eine Abweichung von Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1162/95 der Kommission vom 23. Mai 1995 mit besonderen Durchführungsbestimmungen über Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 285/96⁽¹⁰⁾, vorzusehen. Die Sicherheit für die Einfuhrlicenzen im Rahmen der vorgenannten Regelung ist auf 30 ECU/Tonne festzusetzen.

Besondere Bestimmungen sind vorzusehen, um zu gewährleisten, daß die Kartoffelstärke tatsächlich in der Gemeinschaft verwendet wird, und somit jegliche Verkehrsverlagerung zu vermeiden, die der ordnungsgemäßen Verwaltung des Marktes und des vorgenannten

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 223 vom 20. 9. 1995, S. 29.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 328 vom 30. 12. 1995, S. 31.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 199 vom 18. 7. 1992, S. 14.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 177 vom 28. 7. 1995, S. 47.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 331 vom 2. 12. 1988, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 214 vom 8. 9. 1995, S. 21.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 117 vom 24. 5. 1995, S. 2.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 37 vom 15. 2. 1996, S. 18.

Abkommens abträglich wäre. Zu diesem Zweck ist vorzuschreiben, daß die Stärke zu Erzeugnissen anderer Tarifstellen als ihrer eigenen, einschließlich veresterter oder verätherter Stärke, verarbeitet wird. Daher muß die Inanspruchnahme des präferentiellen Einfuhrzolls von einer Verpflichtung des Einführers abhängig gemacht werden, die vorgesehene Bestimmung zu bescheinigen und eine Sicherheit in Höhe der Ermäßigung des Einfuhrzolls zu leisten. Die Festsetzung einer angemessenen Verarbeitungsfrist ist für eine zügige Durchführung der Regelung erforderlich. Wird das zum zollrechtlich freien Verkehr abgefertigte Erzeugnis zur Verarbeitung in einen anderen Mitgliedstaat versandt, so ist das vom Mitgliedstaat der Abfertigung zum freien Verkehr ausgestellte Kontroll-exemplar T 5 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1762/95⁽²⁾, das geeignete Dokument für den Nachweis der Verarbeitung.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Sicherheit zwar geleistet wird, um die Zahlung einer etwa entstehenden Einfuhrzollschuld zu gewährleisten, bei der Freigabe der Sicherheit aber eine gewisse Abstufung einzuführen ist, insbesondere in bestimmten Fällen, in denen die in der Regelung vorgesehenen Fristen nicht eingehalten wurden. Daher sollten die Vorschriften des Titels V der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 der Kommission vom 22. Juli 1985 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Sicherheiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3403/93⁽⁴⁾, als Grundlage dienen.

Die Ermäßigung des Einfuhrzolls muß vom Nachweis für die Verarbeitung in der Gemeinschaft abhängig gemacht werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten für die Einfuhr von 7 500 Tonnen Erzeugnissen des KN-Codes 1108 13 00, mit Ursprung in Polen, während des Zeitraums vom 1. Juli 1995 bis 30. Juni 1996 im Rahmen der Regelung von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2179/95 und Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 3066/95. Für diese Einfuhren beträgt der geltende Einfuhrzoll, ausgedrückt als Prozentsatz des Meistbegünstigungszollsatzes, 20 %.

Artikel 2

(1) Die Anträge auf Einfuhrlizenzen werden bei den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten jeweils am ersten Arbeitstag der Woche bis 13.00 Uhr Brüsseler Zeit eingereicht.

Die Lizenzanträge müssen sich auf eine Menge von 50 Tonnen oder mehr des Gewichts des Erzeugnisses beziehen und dürfen eine Menge von 1 000 Tonnen nicht überschreiten.

(2) Die Mitgliedstaaten leiten die Anträge auf Einfuhrlizenzen am Tag ihrer Einreichung spätestens bis 18.00 Uhr Brüsseler Zeit durch Fernschreiben oder Fernkopie an die Kommission weiter.

Diese Mitteilung hat getrennt von der Mitteilung der anderen Einfuhrlizenzanträge für Getreide zu erfolgen.

(3) Spätestens am Freitag nach dem Tag der Einreichung der Anträge bestimmt die Kommission, in welchem Umfang den Lizenzanträgen stattgegeben wird, und teilt dies den Mitgliedstaaten durch Fernschreiben mit.

(4) Unbeschadet der Anwendung von Absatz 3 werden die Lizenzen am fünften Arbeitstag nach dem Tag der Antragstellung erteilt. Abweichend von Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 berechnet sich die Gültigkeitsdauer der Lizenz ab dem Tag ihrer tatsächlichen Erteilung.

Artikel 3

Der Einfuhrlizenzantrag und die Lizenz enthalten

- a) in Feld 8 die Angabe „Polen“; die Angabe verpflichtet zur Einfuhr aus diesem Land;
- b) in Feld 20 eine der folgenden Angaben:
 - Acuerdo Polonia, Reglamento (CE) n° 441/96 debe presentarse EUR.1
 - Aftale Polen forordning (EF) nr. 441/96 EUR.1 skal forelægges
 - Abkommen Polen — Verordnung (EG) Nr. 441/96 — EUR.1 ist vorzulegen
 - Συμφωνία Πολωνίας, κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 441/96, πρέπει να προσκομίζεται το EUR.1
 - Agreement Poland Regulation (EC) No 441/96 EUR.1 to be presented
 - Accord Pologne, règlement (CE) n° 441/96 EUR.1 à présenter
 - Accordo Polonia, regolamento (CE) n. 441/96 EUR.1 deve essere presentato
 - Overeenkomst met Polen — Verordening (EG) nr. 441/96 — EUR.1 over te leggen
 - Acordo Polónia, Regulamento (CE) n° 441/96 EUR.1 a apresentar
 - Puolan kanssa tehty sopimus, asetus (EY) N:o 441/96 EUR.1 on esitettävä
 - Avtalet med Polen förordning (EG) nr 441/96 EUR.1 skall uppvisas;

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 253 vom 11. 10. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 171 vom 21. 7. 1995, S. 8.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 205 vom 3. 8. 1985, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 310 vom 14. 12. 1993, S. 4.

c) in Feld 24 eine der folgenden Angaben:

- Derecho de aduana fijado en el Arancel Aduanero Común en aplicación de los Reglamentos (CE) n^{os} 2179/95 y 3066/95
- Nedsat FTT-told, jf. forordning (EF) nr. 2179/95 og (EF) nr. 3066/95
- Zollermäßigung gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 2179/95 und (EG) Nr. 3066/95
- Καθοριζόμενη στο κοινό δασμολόγιο εισφορά που μειώνεται κατ' εφαρμογή των κανονισμών (ΕΚ) αριθ. 2179/95 και (ΕΚ) αριθ. 3066/95
- Customs duty fixed by the Common Customs Tariff reduced pursuant to Regulations (EC) No 2179/95 and (EC) No 3066/95
- Droit de douane fixé au tarif douanier commun réduit en application des règlements (CE) n^o 2179/95 et (CE) n^o 3066/95
- Riduzione del dazio a norma dei regolamenti (CE) n. 2179/95 e (CE) n. 3066/95
- Het in het gemeenschappelijk douanetarief vastgestelde douanerecht is verlaagd overeenkomstig de Verordeningen (EG) nr. 2179/95 en (EG) nr. 3066/95
- Redução do direito aduaneiro fixado na Pauta Aduaneira Comum em aplicação do Regulamento (CE) n^o 2179/95 e (CE) n^o 3066/95
- Yhteisessä tullitariffissa vahvistetun tullin alentaminen asetuksen (EY) N:o 2179/95 ja (EY) N:o 3066/95 mukaan
- Nedsatt tull enligt Gemensamma tulltaxan med tillämpning av förordning (EG) nr 2179/95 och (EG) nr 3066/95.

Artikel 4

- (1) Artikel 5 Absatz 1 vierter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 findet keine Anwendung.
- (2) Abweichend von Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 darf die zum zollrechtlich freien Verkehr abgefertigte Menge die in den Feldern 17 und 18 der Einfuhrlizenz angegebene Menge nicht überschreiten. Zu diesem Zweck ist in Feld 19 der betreffenden Lizenz die Zahl „0“ einzutragen.
- (3) Artikel 33 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 findet Anwendung.

Artikel 5

Abweichend von Artikel 10 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EG) Nr. 1162/95 beläuft sich die Sicherheit für die in dieser Verordnung genannten Einfuhrlizenzen

- a) bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung auf 25 ECU je Tonne und
- b) ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung auf 30 ECU je Tonne.

Artikel 6

(1) Die Inanspruchnahme des ermäßigten Zolles setzt voraus, daß

- a) sich der Einführer bei der Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr schriftlich verpflichtet, daß die gesamte angemeldete Ware innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt der Annahme der Erklärung über die Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr zu anderen Erzeugnissen als denjenigen der KN-Codes 1108 und 3505 verarbeitet wird;
- b) bei der Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr eine Sicherheit in Höhe des Unterschieds zwischen dem ermäßigten Zoll und dem vollen Einfuhrzoll geleistet wird;
- c) eine von den zuständigen Behörden Polens zu erteilende EUR.1-Bescheinigung vorgelegt wird;
- d) eine Einfuhrlizenz vorgelegt wird.

(2) Bei der Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr gibt der Einführer den Ort an, an dem die Verarbeitung zu erfolgen hat. Muß diese in einem anderen Mitgliedstaat durchgeführt werden, so ist über den Warenversand im Abgangsmitgliedstaat gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 ein Kontrollexemplar T 5 zu erstellen.

Das Kontrollexemplar T 5 hat in Feld 104 folgende Angabe zu enthalten:

- Reglamento (CE) n^o 441/96 — Artículo 5 — (indicación del destino específico de la fécula importada)
- Artikel 5 i forordning (EF) nr. 441/96 (angivelse af den særlige anvendelse af stivelsen)
- Verordnung (EG) Nr. 441/96 — Artikel 5 (Angabe der besonderen Bestimmung der eingeführten Stärke)
- Άρθρο 5 του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 441/96 — (ένδειξη του ειδικού προορισμού του εισαγόμενου αμύλου)
- Article 5 of Regulation (EC) No 441/96 (specific use to be made of the imported starch)
- Règlement (CE) n^o 441/96 — article 5 — (indication de la destination particulière de la fécula importée)
- Articolo 5 del regolamento (CE) n. 441/96 (indicare la destinazione specifica della fecola importata)
- Verordening (EG) nr. 441/96 — artikel 5 (vermelding van de bijzondere bestemming van het ingevoerde zetmeel)
- Regulamento (CE) n^o 441/96 — artigo 5^o — (indicação do destino específico da fécula importada)
- Asetus (EY) N:o 441/96 — 5 artikla — (tuodun tärkelyksen erityistä käyttötarkoitusta koskeva merkintä)
- Artikel 5 i förordning (EG) nr 441/96 (det särskilda användningsområdet för den importerade stärkelsen).

(3) Außer im Fall höherer Gewalt wird die in Absatz 1 Buchstabe b) genannte Sicherheit freigegeben, wenn den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats der Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr der Nachweis erbracht worden ist, daß sämtliche zum freien Verkehr abgefertigte Mengen innerhalb der vorgeschriebenen Frist gemäß Absatz 1 Buchstabe a) unter Angabe der Art des hergestellten Erzeugnisses verarbeitet worden sind.

Erfolgt die Verarbeitung in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat der Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr, so wird der Nachweis der Verarbeitung anhand des Originals des Kontrollexemplars T 5 gemäß Absatz 2 erbracht.

Für die zum zollrechtlich freien Verkehr abgefertigten Waren, die nicht innerhalb der vorgenannten Frist verarbeitet worden sind, wird die freizugebende Sicherheit wie folgt gekürzt:

- um 15 % ihres Betrags
- und
- nach Abzug der 15 % um 2 % des Restbetrags je Tag der Fristüberschreitung.

Die nicht freigegebene Sicherheit wird als Zoll einbehalten.

(4) Der Nachweis der Verarbeitung ist den zuständigen Behörden innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Verarbeitungsfrist zu erbringen. Wird jedoch der Nachweis nicht innerhalb der Sechsmonatsfrist, sondern innerhalb der auf die sechs Monate folgenden zwölf Monate erbracht, so wird der einbehaltene Betrag abzüglich 15 % der Sicherheit zurückgezahlt.

Artikel 7

Die Verordnung (EWG) Nr. 1995/92 wird aufgehoben.

Artikel 8

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG

(in Tonnen)

KN-Code	Warenbezeichnung	Vom 1. Juli 1995 bis 30. Juni 1996
1108 13 00	Stärke von Kartoffeln	7 500

VERORDNUNG (EG) Nr. 442/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1912/92, (EWG) Nr. 1913/92, (EWG) Nr. 2254/92, (EWG) Nr. 2255/92, (EWG) Nr. 2312/92 und (EWG) Nr. 1148/93 hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen für die Sondermaßnahmen zur Versorgung der Kanarischen Inseln, der Azoren, Madeiras und der französischen überseeischen Departements mit bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der zu gewährenden Beihilfen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2537/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 4 und Artikel 5 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2537/95, insbesondere auf Artikel 10,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2598/95⁽⁵⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 5, Artikel 7 und Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Beihilfen, die im Fall der in der vorläufigen Bedarfsschätzung ausgewiesenen und vom Gemeinschaftsmarkt stammenden Erzeugnisse gewährt werden, sind festgesetzt durch die Kommissionsverordnungen (EWG) Nr. 1912/92⁽⁶⁾, (EWG) Nr. 1913/92⁽⁷⁾, (EWG) Nr. 2254/92⁽⁸⁾, (EWG) Nr. 2255/92⁽⁹⁾, (EWG) Nr. 2312/92⁽¹⁰⁾ und (EWG) Nr. 1148/93⁽¹¹⁾, alle zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2998/95⁽¹²⁾.

Die Anwendung der bei der Festsetzung der Gemeinschaftsbeihilfen zu beachtenden Kriterien unter Berücksichtigung der derzeitigen Marktlage, insbesondere der für die betreffenden Erzeugnisse im europäischen Teil der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt festgestellten

Preise, hat zur Folge, daß die für die Versorgung der Kanarischen Inseln, Azoren und französischen überseeischen Departements zu gewährenden Beihilfen wie im Anhang angegeben festgesetzt werden.

Die für mehrere französische überseeische Departements erstellten Bedarfsschätzungen sollten anhand der von den zuständigen Behörden bezüglich der reinrassigen Zuchtrinder sowie der männlichen Mastrinder übermittelten Angaben angepaßt werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Die Anhänge II und IIa der Verordnung (EWG) Nr. 1912/92 werden durch Anhang I zur vorliegenden Verordnung ersetzt.
- (2) Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 1913/92 wird durch Anhang II zur vorliegenden Verordnung ersetzt.
- (3) Anhang II der Verordnungen (EWG) Nr. 2254/92, (EWG) Nr. 2255/92 und (EWG) Nr. 2312/92 wird durch Anhang III zur vorliegenden Verordnung ersetzt.
- (4) Die in Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 1912/92 genannte Beihilfe wird durch die in Anhang IV zur vorliegenden Verordnung genannte Beihilfe ersetzt.
- (5) Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 1913/92 wird durch Anhang V zur vorliegenden Verordnung ersetzt.
- (6) Die in Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 2312/92 genannte Beihilfe wird durch die in Anhang VI zur vorliegenden Verordnung genannte Beihilfe ersetzt.
- (7) Die im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 1148/93 genannte Beihilfe wird durch die in Anhang VII zur vorliegenden Verordnung genannte Beihilfe ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 260 vom 31. 10. 1995, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 267 vom 9. 11. 1995, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 31.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 35.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 219 vom 4. 8. 1992, S. 34.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 219 vom 4. 8. 1992, S. 37.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 222 vom 7. 8. 1992, S. 32.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 116 vom 12. 5. 1993, S. 15.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 50.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG I

„ANHANG II

Beihilfebeträge, die für die in Anhang I genannten und vom Gemeinschaftsmarkt stammenden Erzeugnisse gewährt werden können

(in ECU/100 kg Nettogewicht)

Produktcode	Beihilfebetrag
0201 10 00 110 ⁽¹⁾	69,0
0201 10 00 120	53,0
0201 10 00 130 ⁽¹⁾	93,0
0201 10 00 140	72,5
0201 20 20 110 ⁽¹⁾	93,0
0201 20 20 120	72,5
0201 20 30 110 ⁽¹⁾	69,0
0201 20 30 120	53,0
0201 20 50 110 ⁽¹⁾	117,0
0201 20 50 120	91,5
0201 20 50 130 ⁽¹⁾	69,0
0201 20 50 140	53,0
0201 20 90 700	53,0
0201 30 00 100 ⁽²⁾	171,5
0201 30 00 150 ⁽⁴⁾	102,5
0201 30 00 190 ⁽⁴⁾	69,0
0202 10 00 100	53,0
0202 10 00 900	72,5
0202 20 10 000	72,5
0202 20 30 000	53,0
0202 20 50 100	91,5
0202 20 50 900	53,0
0202 20 90 100	53,0
0202 30 90 400 ⁽⁴⁾	102,5
0202 30 90 500 ⁽⁴⁾	69,0
1602 50 10 190	48,5
1602 50 31 195	36,0
1602 50 31 395	36,0
1602 50 39 195	36,0
1602 50 39 395	36,0
1602 50 39 495	36,0
1602 50 39 505	36,0
1602 50 39 595	36,0
1602 50 39 615	36,0
1602 50 39 625	16,0
1602 50 39 705	19,0
1602 50 80 195	36,0
1602 50 80 395	36,0
1602 50 80 495	36,0
1602 50 80 505	36,0
1602 50 80 515	16,0
1602 50 80 595	36,0
1602 50 80 615	36,0
1602 50 80 625	16,0
1602 50 80 705	19,0

Anmerkung: Die Produktcodes sowie die Verweise auf Fußnoten beziehen sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 310/96 (ABl. Nr. L 46 vom 23. 2. 1996, S. 1).

ANHANG II a

Für die in Anhang I genannten, aus der Gemeinschaft stammenden Verarbeitungserzeugnisse zu gewährende Beihilfe

(in ECU/100 kg Eigengewicht)

Erzeugniscode	Beihilfe
1602 50 10 120	102,5
1602 50 10 140	91,0
1602 50 10 160	73,0
1602 50 10 170	48,5
1602 50 31 125	115,5
1602 50 31 135	73,0
1602 50 31 325	103,5
1602 50 31 335	65,5
1602 50 39 125	115,5
1602 50 39 135	73,0
1602 50 39 325	103,5
1602 50 39 335	65,5

Anmerkung: Die Produktcodes sowie die Verweise auf Fußnoten beziehen sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 310/96 (ABl. Nr. L 46 vom 23. 2. 1996, S. 1).⁴

ANHANG II

„ANHANG II

Beihilfebeträge, die für die in Anhang I genannten und vom Gemeinschaftsmarkt stammenden Erzeugnisse gewährt werden können

(in ECU/100 kg Nettogewicht)

Produktcode	Beihilfebetrag
0201 10 00 110 ⁽¹⁾	69,0
0201 10 00 120	53,0
0201 10 00 130 ⁽¹⁾	93,0
0201 10 00 140	72,5
0201 20 20 110 ⁽¹⁾	93,0
0201 20 20 120	72,5
0201 20 30 110 ⁽¹⁾	69,0
0201 20 30 120	53,0
0201 20 50 110 ⁽¹⁾	117,0
0201 20 50 120	91,5
0201 20 50 130 ⁽¹⁾	69,0
0201 20 50 140	53,0
0201 20 90 700	53,0
0201 30 00 100 ⁽²⁾	171,5
0201 30 00 150 ⁽⁴⁾	102,5
0201 30 00 190 ⁽⁴⁾	69,0
0202 10 00 100	53,0
0202 10 00 900	72,5
0202 20 10 000	72,5
0202 20 30 000	53,0
0202 20 50 100	91,5
0202 20 50 900	53,0
0202 20 90 100	53,0
0202 30 90 400 ⁽⁴⁾	102,5
0202 30 90 500 ⁽⁴⁾	69,0

Anmerkung: Die Produktcodes sowie die Verweise auf Fußnoten beziehen sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 310/96 (ABl. Nr. L 46 vom 23. 2. 1996, S. 1).“

ANHANG III

„ANHANG II

Beihilfebeträge, die für die in Anhang I genannten und vom Gemeinschaftsmarkt stammenden Tiere gewährt werden können

(in ECU je Stück)

Produktcode	Beihilfebetrag
ex 0102 90 05	49,0
ex 0102 90 29	97,5
ex 0102 90 49	130,0
0102 90 79	195,0*

ANHANG IV

„ANHANG III

Beihilfebetrag, der auf den Kanarischen Inseln für reinrassige Zuchtrinder mit Ursprung in der Gemeinschaft gewährt werden kann

(in ECU je Stück)

KN-Code	Warenbezeichnung	Beihilfebetrag
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	790

⁽¹⁾ Die Zuordnung zu dieser Unterposition setzt voraus, daß die diesbezüglich erlassenen Gemeinschaftsbestimmungen eingehalten sind.“

ANHANG V

„ANHANG III

TEIL 1

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern mit Ursprung in der Gemeinschaft nach den Azoren zwischen dem 1. Juli 1995 und dem 30. Juni 1996

(in ECU pro Stück)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	1 150	630

⁽¹⁾ Die Zuordnung zu dieser Unterposition setzt voraus, daß die diesbezüglich erlassenen Gemeinschaftsbestimmungen eingehalten sind.

TEIL 2

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern mit Ursprung in der Gemeinschaft nach Madeira zwischen dem 1. Juli 1995 und dem 30. Juni 1996

(in ECU pro Stück)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	200	685

⁽¹⁾ Die Zuordnung zu dieser Unterposition setzt voraus, daß die diesbezüglich erlassenen Gemeinschaftsbestimmungen eingehalten sind.“

ANHANG VI

„ANHANG III

TEIL 1

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern aus der Gemeinschaft nach der Insel Réunion — Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	300	1 050

TEIL 2

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern aus der Gemeinschaft nach Guyana — Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	350	1 050

TEIL 3

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern aus der Gemeinschaft nach Martinique — Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	40	1 050

TEIL 4

Lieferung von reinrassigen Zuchtrindern aus der Gemeinschaft nach Guadeloupe — Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Zahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0102 10 00	Reinrassige Zuchtrinder ⁽¹⁾	50	1 050

⁽¹⁾ Die Zulassung zu dieser Unterposition hängt von den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften ab.

ANHANG VII

„ANHANG

TEIL 1

**Belieferung von Guyana mit reinrassigen Zuchtpferden aus der Gemeinschaft in der Zeit vom
1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996**

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Anzahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0101 11 00	Reinrassige Zuchtpferde (1)	16	1 050

TEIL 2

**Belieferung von Martinique mit reinrassigen Zuchtpferden aus der Gemeinschaft in der Zeit vom
1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996**

(in ECU je Tier)

KN-Code	Warenbezeichnung	Anzahl der zu liefernden Tiere	Beihilfe
0101 11 00	Reinrassige Zuchtpferde (1)	15	1 050

(1) Die Zulassung zu dieser Unterposition erfolgt gemäß der Richtlinie 90/427/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierzüchterischen und genealogischen Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Equiden (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 55).*

VERORDNUNG (EG) Nr. 443/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

über den Verkauf von Rindfleisch, das zur Verarbeitung in der Gemeinschaft bestimmt ist, aus Beständen einiger Interventionsstellen nach dem Verfahren der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1181/95

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2417/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 der Kommission vom 5. September 1984 mit besonderen Einzelheiten für bestimmte Verkäufe von gefrorenem Rindfleisch aus Beständen der Interventionsstellen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2417/95, kann beim Verkauf von Rindfleisch aus Interventionsbeständen ein Verfahren in zwei Phasen angewandt werden.

Einige Interventionsstellen verfügen über Bestände an Interventionsfleisch. Angesichts der anfallenden hohen Kosten sollte eine Verlängerung der Lagerzeit vermieden werden. Bei der gegenwärtigen Marktlage gibt es Absatzmöglichkeiten für dieses Fleisch in der Verarbeitungsindustrie der Gemeinschaft.

Zur Gewährleistung einer regelmäßigen und einheitlichen Durchführung des Ausschreibungsverfahrens müssen neben den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 2173/79 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2417/95, zusätzliche Maßnahmen getroffen werden.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 sollten Sicherheiten gestellt werden.

Es empfiehlt sich, diesen Verkauf gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 2539/84 und (EWG) Nr. 3002/92 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1938/93⁽⁶⁾, und der Verordnung (EWG) Nr. 2182/77 der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2417/95, vorzunehmen, wobei aller-

dings vor allem wegen des besonderen Verwendungszwecks der betreffenden Erzeugnisse gewisse Abweichungen erforderlich sind.

Die Verordnung (EG) Nr. 118/95 der Kommission⁽⁸⁾ ist aufzuheben.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Zur Verarbeitung in der Gemeinschaft sollen folgende Rindfleischmengen verkauft werden:

a) Hinterviertel mit Knochen:

— rund 1 Tonne von der deutschen Interventionsstelle gekauftes Fleisch,

b) Vorderviertel mit Knochen:

— rund 94 Tonnen von der deutschen Interventionsstelle gekauftes Fleisch,

c) Fleisch ohne Knochen:

— rund 5 011 Tonnen von der Interventionsstelle des Vereinigten Königreichs gekauftes Fleisch.

(2) Die in Absatz 1 genannten Interventionsstellen verkaufen zuerst die Erzeugnisse mit der längsten Einlagerungsdauer.

(3) Der Verkauf erfolgt gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 2539/84, (EWG) Nr. 3002/92, (EWG) Nr. 2182/77 und gemäß dieser Verordnung.

(4) Qualität und Mindestpreise gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 sind im Anhang I aufgeführt.

(5) Berücksichtigt werden nur Angebote, die bis spätestens 9. April 1996 um 12.00 Uhr bei den betreffenden Interventionsstellen eingehen.

(6) ABl. Nr. L 118 vom 25. 5. 1995, S. 40.

(1) ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.
 (2) ABl. Nr. L 248 vom 14. 10. 1995, S. 39.
 (3) ABl. Nr. L 238 vom 6. 9. 1984, S. 13.
 (4) ABl. Nr. L 251 vom 5. 10. 1979, S. 12.
 (5) ABl. Nr. L 301 vom 17. 10. 1992, S. 17.
 (6) ABl. Nr. L 176 vom 20. 7. 1993, S. 12.
 (7) ABl. Nr. L 251 vom 1. 10. 1977, S. 60.

(6) Einzelheiten über Mengen und Lagerorte der Erzeugnisse sind für Kaufinteressenten bei den im Anhang II angegebenen Adressen erhältlich.

(7) Abweichend von Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2173/79 sind die Angebote der zuständigen Interventionsstelle in einem verschlossenen Umschlag einzureichen, auf dem die betreffende Verordnung angegeben ist. Der verschlossene Umschlag darf von der zuständigen Interventionsstelle erst nach Ablauf der in Absatz 5 genannten Angebotsfrist geöffnet werden.

Artikel 2

(1) Abweichend von Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2182/77

a) sind Kaufangebote oder gegebenenfalls Kaufanträge nur gültig, wenn sie von einer natürlichen oder juristischen Person vorgelegt werden, die während eines Zeitraums von mindestens zwölf Monaten mit der Verarbeitung von Erzeugnissen, die Rindfleisch enthalten, beschäftigt war und in einem öffentlichen Register eines Mitgliedstaats eingetragen ist;

b) müssen Kaufangebote oder gegebenenfalls Kaufanträge von folgenden Unterlagen begleitet sein:

— einer schriftlichen Verpflichtung des Antragstellers, daß er das Fleisch innerhalb der in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2182/77 genannten Frist zu Erzeugnissen gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2182/77 verarbeitet,

— den genauen Angaben des oder der Betriebe, in denen das erworbene Fleisch verarbeitet wird.

(2) Die in Absatz 1 genannten Antragsteller können einen Bevollmächtigten beauftragen, die von ihnen zu kaufende Ware zu übernehmen. In diesem Fall muß der

Bevollmächtigte die Kaufangebote oder gegebenenfalls die Kaufanträge des von ihm vertretenen Antragstellers vorlegen.

(3) Die Käufer und die im vorstehenden Absatz aufgeführten Bevollmächtigten führen eine auf dem laufenden gehaltene Buchhaltung, aus der die Bestimmung und Verwendung der Erzeugnisse hervorgeht, insbesondere zu dem Nachweis, daß die gekauften Mengen den verarbeiteten Mengen entsprechen.

Artikel 3

(1) Der Betrag der in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 vorgesehenen Sicherheit beläuft sich auf 12 ECU/100 kg.

(2) Der Betrag der in Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 vorgesehenen Sicherheit beläuft sich auf

— 195 ECU je 100 kg für Hinterviertel mit Knochen,

— 135 ECU je 100 kg für Vorderviertel mit Knochen,

— 170 ECU je 100 kg für entbeintes Fleisch.

Die Sicherheit für Filets beläuft sich jedoch auf 3 000 ECU/Tonne.

Artikel 4

Für die Zwecke dieser Verordnung entsprechen 100 kg Hinterviertel mit Knochen 64 kg Fleisch ohne Knochen nach Entfernung des Filets und des Roastbeefs.

Artikel 5

Die Verordnung (EG) Nr. 1181/95 wird aufgehoben.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am 9. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANEXO I — BILAG I — ANHANG I — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ I — ANNEX I — ANNEXE I — ALLEGATO I — BIJLAGE I — ANEXO I — LIITE I — BILAGA I

Estado miembro	Productos	Cantidad aproximada (toneladas)	Precio mínimo expresado en ecus por tonelada (1)
Medlemsstat	Produkter	Tilnærmet mængde (tons)	Mindstepriser i ECU/ton (1)
Mitgliedstaat	Erzeugnisse	Ungefähre Mengen (Tonnen)	Mindestpreise, ausgedrückt in ECU/Tonne (1)
Κράτος μέλος	Προϊόντα	Κατά προσέγγιση ποσότητα (τόνοι)	Ελάχιστες τιμές πώλησης εκφραζόμενες σε Ecu ανά τόνο (1)
Member State	Products	Approximate quantity (tonnes)	Minimum prices expressed in ecus per tonne (1)
État membre	Produits	Quantité approximative (tonnes)	Prix minimaux exprimés en écus par tonne (1)
Stato membro	Prodotti	Quantità approssimativa (tonnellate)	Prezzi minimi espressi in ecu per tonnellata (1)
Lid-Staat	Produkten	Hoeveelheid bij benadering (ton)	Minimumprijzen uitgedrukt in ecu per ton (1)
Estado-membro	Produtos	Quantidade aproximada (toneladas)	Preço mínimo expresso em ecus por tonelada (1)
Jäsenvaltio	Tuotteet	Arvioitu määrä (tonneina)	Vähimmäishinnat ecuna tonnia kohden ilmaistuna (1)
Medlemsstat	Produkter	Ungefärlig kvantitet (ton)	Minimipriser i ecu per ton (1)

a) Cuartos traseros con hueso — Bagfjerdinger, ikke udbenet — Hinterviertel mit Knochen — Οπίσθια τέταρτα με κόκαλα — Bone-in hindquarters — Quartiers arrière avec os — Quarti posteriori non disossati — Achtervoeten met been — Quartos traseiros com osso — Luullinen takaneljännes — Bakkvartsparter med ben

Deutschland	— Hinterviertel, stammend von: Kategorien A/C, Klassen U, R und O	1	1 000
-------------	--	---	-------

b) Cuartos delanteros con hueso — Forfjerdinger, ikke udbenet — Vorderviertel mit Knochen — Εμπρόσθια τέταρτα με κόκαλα — Bone-in forequarters — Quartiers avant avec os — Quarti anteriori non disossati — Voorvoeten met been — Quartos dianteiros com osso — Luullinen etuneljännes — Framkvartsparter med ben

Deutschland	— Vorderviertel, stammend von: Kategorien A/C, Klassen U, R und O	94	900
-------------	--	----	-----

c) Carne deshuesada — Udbenet kød — Fleisch ohne Knochen — Κρέας χωρίς κόκαλα — Boneless beef — Viande désossée — Carni senza osso — Vlees zonder been — Carne desossada — Luuton naudanliha — Benfritt kött

United Kingdom	Category C		
	— Fillet	191	3 150
	— Striploin	1 468	2 160
	— Pony	185	1 710
	— Pony parts	89	1 260
	— Clod and Sticking	134	1 530
	— Forequarter flank	230	1 530
	— Silverside	427	2 745
	— Shin and Shank	330	1 350
	— Thick flank	459	1 980
	— Brisket	45	1 575
	— Forerib	362	1 620
	— Rump	514	2 070
	— Thin flank	227	1 485
	— Topside	272	3 060
	— Intervention striploin	55	2 170
	— Intervention silverside	16	2 790
	— Intervention rump	1	2 070
	— Intervention topside	1	3 060
	— Intervention shoulder	1	2 070
	— Intervention forerib	1	2 070
	— Intervention shank	1	1 620
	— Intervention shin	1	1 620
	— Intervention forequarter	1	2 070

- (¹) Estos precios se entenderán con arreglo a lo dispuesto en el apartado 1 del artículo 17 del Reglamento (CEE) n° 2173/79.
- (¹) Disse priser gælder i overensstemmelse med bestemmelserne i artikel 17, stk. 1, i forordning (EØF) nr. 2173/79.
- (¹) Diese Preise gelten gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2173/79.
- (¹) Οι τιμές αυτές εφαρμόζονται σύμφωνα με τις διατάξεις του άρθρου 17 παράγραφος 1 του κανονισμού (ΕΟΚ) αριθ. 2173/79.
- (¹) These prices shall apply in accordance with the provisions of Article 17 (1) of Regulation (EEC) No 2173/79.
- (¹) Ces prix s'entendent conformément aux dispositions de l'article 17 paragraphe 1 du règlement (CEE) n° 2173/79.
- (¹) Il prezzo si intende in conformità del disposto dell'articolo 17, paragrafo 1 del regolamento (CEE) n. 2173/79.
- (¹) Deze prijzen gelden overeenkomstig de bepalingen van artikel 17, lid 1, van Verordening (EEG) nr. 2173/79.
- (¹) Estes preços aplicam-se conforme o disposto no n.º 1 do artigo 17.º do Regulamento (CEE) n.º 2173/79.
- (¹) Näitä hintoja sovelletaan asetuksen (ETY) N:o 2173/79 17 artiklan 1 kohdan määräysten mukaisesti.
- (¹) Dessa priser gäller i enlighet med bestämmelserna i artikel 17.1 i förordning (EEG) nr 2173/79.

*ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II — ANNEX II — ANNEXE II —
ALLEGATO II — BIJLAGE II — ANEXO II — LIITE II — BILAGA II*

**Direcciones de los organismos de intervención — Interventionsorganernes adresser —
Anschriften der Interventionsstellen — Διευθύνσεις των οργανισμών παρεμβάσεως — Addresses
of the intervention agencies — Adresses des organismes d'intervention — Indirizzi degli
organismi d'intervento — Adressen van de interventiebureaus — Endereços dos organismos de
intervenção — Interventioelinten osoitteet — Interventionsorganens adresser**

DEUTSCHLAND: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE),
Referat 413,
Postfach 180 203 — Adickesallee 40,
D-60083 Frankfurt am Main.
Tel.: (069) 156 47 04/72
Telefax: (069) 156 47 90/91

UNITED KINGDOM: Intervention Board Executive Agency
Fountain House
2 Queens Walk
Reading RG1 7QW
Berkshire
Tel. (01734) 58 36 26
Telex 848 302, telefax (01734) 56 67 50

VERORDNUNG (EG) Nr. 444/96 DER KOMMISSION
vom 11. März 1996
zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/95 zur Festsetzung einer Ausfuhrabgabe auf die Erzeugnisse der KN-Codes 1001 10 00 und 1103 11 10

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei der Ausfuhr von Hartweizen sowie Grob- und Feingriß von Hartweizen zu erhebenden Abgaben sind durch die Verordnung (EG) Nr. 1749/95 der Kommission⁽³⁾ festgesetzt.

Da die Voraussetzungen, welche die Einführung einer Ausfuhrabgabe bei Grob- und Feingriß von Hartweizen zur Folge hatten, nicht mehr gegeben sind, sollte die genannte Abgabe aufgehoben werden.

Der Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1749/95 ist deshalb zu ändern.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 1749/95 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Artikel 1

Die in Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 genannte Ausfuhrabgabe wird für die Erzeugnisse des KN-Codes 1001 10 00 im Anhang festgesetzt.“

2. Der Anhang wird durch den Anhang zur vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 19. 7. 1995, S. 21.

*ANHANG**„ANHANG*

KN-Code	Ausfuhrabgabe (in ECU/t)
1001 10 00	30,00*

VERORDNUNG (EG) Nr. 445/96 DER KOMMISSION

vom 11. März 1996

mit den im zweiten Vierteljahr 1996 gemäß den zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien sowie Rumänien geschlossenen Interimsabkommen einführbaren Käsemengen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1588/94 der Kommission vom 30. Juni 1994 zur Festlegung der den Sektor Milch und Milcherzeugnisse betreffenden Durchführungsbestimmungen zu der Regelung im Rahmen der von der Gemeinschaft mit Bulgarien und Rumänien geschlossenen Interimsabkommen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 412/96⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Im Januar 1996 wurden für die Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse geringere Mengen beantragt als gemäß der Verordnung (EG) Nr. 264/96 der Kommission⁽³⁾

hinsichtlich des Umfangs, in dem Lizenzanträgen stattgegeben wird, genehmigt werden konnten. Daher sollten die im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 1996 einführbaren Mengen je Erzeugnis festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 1996 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1588/94 einführbaren Mengen sind im Anhang angegeben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 12. März 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 167 vom 1. 7. 1994, S. 8.⁽²⁾ ABl. Nr. L 57 vom 7. 3. 1996, S. 15.⁽³⁾ ABl. Nr. L 34 vom 13. 2. 1996, S. 30.

ANHANG

1. Im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 1996 einführbare Gesamtmengen

Zollverminderung um 80 %

(in Tonnen)

Land	KN-Code und Erzeugnis	Einführbare Menge
Rumänien	ex 0406 90 29 ⁽¹⁾ ex 0406 90 86 ⁽¹⁾ ex 0406 90 87 ⁽¹⁾ ex 0406 90 88 ⁽¹⁾	1 533,300
Bulgarien	ex 0406 90 ⁽²⁾ ex 0406 90 ⁽³⁾	1 643,198

⁽¹⁾ Aus Kuhmilch hergestellt.⁽²⁾ Gesalzener Weißkäse aus Kuhmilch.⁽³⁾ Kashkaval Vitosha aus Kuhmilch.

2. Im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 1996 einführbare Gesamtmengen

Befreiung vom Zoll

(in Tonnen)

Land	KN-Code und Erzeugnis	Einführbare Menge
Bulgarien	ex 0406 90 ⁽¹⁾	200

⁽¹⁾ Andere Käse als aus Kuhmilch.

VERORDNUNG (EG) Nr. 446/96 DER KOMMISSION
vom 11. März 1996
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst
und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von
Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2933/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 12. März 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. März 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 11. März 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)			
KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	
0702 00 15	052	43,7	0805 30 20	052	65,6	
	060	80,2		204	88,8	
	064	59,6		220	74,0	
	066	41,7		388	67,5	
	068	62,3		400	90,1	
	204	81,2		512	54,8	
	208	44,0		520	66,5	
	212	83,1		524	100,8	
	624	128,8		528	104,8	
	999	69,4		600	79,7	
	0707 00 15	052		125,6	624	84,7
053		156,2	999	79,8		
060		61,0	0808 10 51, 0808 10 53, 0808 10 59	052	64,0	
066		53,8		064	78,6	
068		100,4		388	95,5	
204		144,3		400	86,5	
624		87,1		404	79,1	
999		104,1		508	68,4	
0709 10 10		220		342,0	512	97,5
		999		342,0	524	122,9
0709 90 73	052	134,9		528	123,1	
	204	77,5		624	86,5	
	412	54,2	728	107,3		
	624	241,6	800	78,0		
	999	127,1	804	21,0		
0805 10 01, 0805 10 05, 0805 10 09	052	46,9	999	85,3		
	204	44,6	0808 20 31	039	94,7	
	208	58,0		052	86,2	
	212	55,2		064	72,5	
	220	54,3		388	80,6	
	388	40,5		400	100,0	
	400	41,8		512	62,9	
	436	41,6		528	70,1	
	448	31,0		624	79,0	
	600	44,9		728	115,4	
	624	51,1		800	55,8	
	999	46,4		804	112,9	
				999	84,6	

(1) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

RICHTLINIE 96/11/EG DER KOMMISSION

vom 5. März 1996

zur Änderung der Richtlinie 90/128/EWG über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Richtlinie 89/109/EWG des Rates vom
21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften
der Mitgliedstaaten über Materialien und Gegenstände,
die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung
zu kommen⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3,

nach Anhörung des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 90/128/EWG der
Kommission⁽²⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie
95/3/EG⁽³⁾, legt fest, daß ab 1. Januar 1997 nur die
Monomere und sonstigen Ausgangsstoffe, die in Anhang
II Abschnitt A aufgelistet sind, unter Berücksichtigung
der darin enthaltenen Beschränkungen für die Herstel-
lung von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff
verwendet werden dürfen. Es kann jedoch beschlossen
werden, diese Frist in einigen gerechtfertigten Fällen für
bestimmte Stoffe, die auf nationaler Ebene in Überein-
stimmung mit Anhang II Abschnitt B weiter verwendet
werden können, zu verlängern.

Für eine Reihe von Stoffen liegen die dem Wissenschaftlichen
Lebensmittelausschuß angeforderten Informationen vor,
wurden jedoch noch nicht oder werden derzeit bzw.
demnächst ausgewertet, weshalb die Beibehaltung
dieser Stoffe gerechtfertigt ist.

Bei einer Reihe von Stoffen erlauben die dem Wissenschaftlichen
Lebensmittelausschuß vorgelegten Informationen die Aufnahme
dieser Stoffe ohne besondere Beschränkungen in die
Gemeinschaftsverzeichnisse.

Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen der
Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung
der bereits in der Richtlinie 89/109/EWG vorgesehenen
Ziele erforderliche Maß hinaus.

Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Lebensmittelausschusses —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Die Richtlinie 90/128/EWG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Ab dem 1. Januar 2002 sind zur Herstellung
von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff nur
die monomeren und sonstigen Ausgangsstoffe zu
verwenden, die in Anhang II Abschnitt A aufgeführt
sind, wobei den dort vorgesehenen Einschränkungen
Rechnung zu tragen ist. Die in Anhang II Abschnitt B
aufgeführten Stoffe können jedoch vor diesem Zeit-
punkt gestrichen werden, falls die für eine Aufnahme
in Abschnitt A erforderlichen Daten nicht so recht-
zeitig vorliegen, daß der Wissenschaftliche Lebensmit-
telausschuß sie bewerten kann.“

2. Anhang II wird wie folgt geändert:

- In Abschnitt A werden die in Anhang I dieser
Richtlinie aufgeführten Stoffe entsprechend der
numerierten Reihenfolge eingefügt.
- In Abschnitt B werden die in Anhang II dieser
Richtlinie aufgeführten Stoffe gestrichen.

3. In Anhang III werden die in Anhang III dieser Richt-
linie aufgeführten Stoffe entsprechend der numerierten
Reihenfolge eingefügt.*Artikel 2*

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen
Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richt-
linie bis spätestens 1. Januar 1997 nachzukommen. Sie
setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.
Diese Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind wie folgt
anzuwenden:

Die Mitgliedstaaten

- erlauben ab dem 1. Januar 1997 den Handel mit und
die Verwendung von Materialien und Gegenständen
aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebens-
mitteln in Berührung zu kommen und dieser Richt-
linie entsprechen;
- verbieten ab dem 1. Januar 1999 die Herstellung und
die Einfuhr von Materialien und Gegenständen aus
Kunststoff in die Gemeinschaft, die dazu bestimmt
sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen
und dieser Richtlinie nicht entsprechen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 40 vom 11. 2. 1989, S. 38.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 75 vom 21. 3. 1990, S. 19.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 41 vom 23. 2. 1995, S. 44.

(2) Wenn die Mitgliedstaaten die Vorschriften nach Absatz 1 erlassen, nehmen sie entweder in diesen Vorschriften selbst oder bei deren amtlicher Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 5. März 1996

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Mitglied der Kommission

ANHANG I

Verzeichnis der Monomere und sonstigen Ausgangsstoffe, die in Abschnitt A des Anhangs II der Richtlinie 90/128/EWG eingefügt werden

PM/REF-Nr.	CAS-Nr.	Bezeichnung	Beschränkungen
(1)	(2)	(3)	(4)
„19460	000050-21-5	Milchsäure	
19480	002146-71-6	Vinyllaurat	
23651	025322-69-4	Polypropylenglykol“	

ANHANG II

Verzeichnis der gestrichenen Monomere und sonstigen Ausgangsstoffe des Abschnitts B des Anhangs II der Richtlinie 90/128/EWG

PM/REF-Nr.	CAS-Nr.	Bezeichnung	Beschränkungen
(1)	(2)	(3)	(4)
„10160	002206-94-2	Alpha-Acetoxystyrol	
10162	010521-96-7	Beta-Acetoxystyrol	
10480	—	Monocarbonsäuren, aliphatische, gesättigte (C ₂ -C ₂₄)	
10510	—	Monocarbonsäuren, aliphatische, ungesättigte (C ₃ -C ₂₄)	
10599/70	—	Fettsäuren, ungesättigte (C ₁₈)	
10930	003066-71-5	Cyclohexylacrylat	
11050	001070-70-8	1,4-Butandioldiacrylat	
11180	017831-71-9	Tetraethylglykoldiacrylat	
11195	068901-05-3	Tripropylglykoldiacrylat	
11520	002918-23-2	2-Hydroxyisopropylacrylat (= 2-Hydroxy-1-methylethylacrylat)	
11560	005888-33-5	Isobornylacrylat	
11620	001330-61-6	iso-Decylacrylat	
11650	029590-42-9	iso-Octylacrylat	
11695	003121-61-7	2-Methoxyethylacrylat	
11740	010095-13-3	1,3-Butandiolmonoacrylat	
11770	002478-10-6	1,4-Butandiolmonoacrylat	
11800	013533-05-6	Diethylglykolmonoacrylat	
12010	040074-09-7	2-Sulfoethylacrylat	
12040	039121-78-3	Sulfopropylacrylat	
12055	094160-26-6	Acrylsäuretriester von Tris (2-hydroxypropyl)ether von Glycerin	
12062	075577-70-7	Acrylsäuretriester von 1,1,1-Trimethylolpropan-tris(2-hydroxyethyl)ether	
12160	002998-04-1	Diallyladipat	
12190	000105-97-5	Didecyladipat	
12220	027178-16-1	Diisodecyladipat	
12250	000123-79-5	Dioctyladipat	
12370	—	Alkohole, aliphatische, einwertige, gesättigte, geradkettige, sekundäre oder tertiäre (C ₄ -C ₂₂)	
12610	000107-18-6	Allylalkohol	
12700	000150-13-0	p-Aminobenzoesäure	
12790	000080-46-6	p-tert-Amylphenol	
12850	029602-44-6	Bis (2-hydroxyethyl)azetat	
13328	000104-38-1	Bis(2-hydroxyethyl)ether des Hydrochinons	
13660	000584-03-2	1,2-Butandiol	
13750	000513-85-9	2,3-Butandiol	
13960	001852-16-0	N-(Butoxymethyl)acrylamid	

PM/REF-Nr.	CAS-Nr.	Bezeichnung	Beschränkungen
(1)	(2)	(3)	(4)
15020	002182-55-0	Cyclohexylvinylether	
15280	000542-02-9	2,4-Diamino-6-methyl-1,3,5-triazin	
15340	000109-76-2	1,3-Diaminopropan	
15490	002215-89-6	4,4'-Dicarboxydiphenylether	
15580	001653-19-6	2,3-Dichlor-1,3-butadien	
16270	000526-75-0	2,3-Dimethylphenol	
16300	000105-67-9	2,4-Dimethylphenol	
16330	000095-87-4	2,5-Dimethylphenol	
17040	000149-57-5	2-Ethylhexansäure	
17350	000105-75-9	Dibutylfumarat	
18400	000592-42-7	1,5-Hexadien	
18905	002628-17-3	4-Hydroxystyrol	
18970	000078-83-1	Isobutanol	
19030	016669-59-3	N-(Isobutoxymethyl)acrylamid	
19090	000078-84-2	Isobutyraldehyd	
19120	025339-17-7	Isodecanol	
19130	026896-18-4	Isononansäure	
19936	007423-42-9	Mono(2-ethylhexyl)maleinat	
20470	025852-47-5	Polyethylenglykoldimethacrylat	
20740	039670-09-2	Ethoxytriethylenglykolmethacrylat	
20950	000923-26-2	2-Hydroxypropylmethacrylat	
21115	000816-74-0	Methallylmethacrylat	
21220	032360-05-7	Octadecylmethacrylat	
21760	000694-91-7	5-Methylenbicyclo[2.2.1]hept-2-en	
21837	001116-90-1	4-Methyl-1,4-hexadien	
22240	000622-97-9	p-Methylstyrol	
22270	000107-25-5	Methylvinylether	
22540	000104-40-5	4-Nonylphenol	
22585	003710-30-3	1,7-Octadien	
22932	001187-93-5	Perfluormethyl-perfluorvinylether	
23530	025190-06-1	Poly(1,4-butylenglykol) (Molgewicht über 1 000)	
23650	025322-69-4	Polypropylenglykol (Molgewicht über 400)	
24560	000111-63-7	Vinylstearat	
25030	016646-44-9	Tetra(allyloxy)ethan	
25161	000085-43-8	1,2,3,6-Tetrahydrophthalsäureanhydrid	
25300	000088-19-7	o-Toluolsulfonamid	
25480	000102-71-6	Triethanolamin	
26290	025013-15-4	Vinyltoluol	
26320	002768-02-7	Vinyltrimethoxysilan*	

ANHANG III

Liste der in Anhang III der Richtlinie 90/128/EWG eingefügten Zusatzstoffe

PM/REF-Nr.	CAS-Nr.	Bezeichnung	Beschränkungen
(1)	(2)	(3)	(4)
„34281	—	Alkyl (C ₈ -C ₂₂)schwefelsäuren, geradkettige, primäre, mit geradzahlicher Kohlenstoffkette	
34475	—	Aluminium-Calcium-hydroxyphosphit, Hydrat	
46380	068855-54-9	Diatomeenerde, Natriumcarbonatschmelze-calci- niert	
52720	000112-84-5	Erucamid	
55520	—	Glasfasern	
55600	—	Mikroglaskugeln	
56486	—	Ester von Glycerin mit alipathischen gesättigten geradkettigen Säuren mit geradzahlicher Kohlenstoffkette (C ₁₄ -C ₁₈) und mit aliphatischen ungesättigten geradkettigen Säuren mit geradzahlicher Kohlenstoffkette (C ₁₆ -C ₁₈)	
68960	000301-02-0	Oleamid	
80800	025322-69-4	Polypropylenglycol	
88960	000124-26-5	Stearamid“	

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 26. Februar 1996

über den Abschluß des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)

(96/191/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 130s Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 228 Absatz 2 und Absatz 3 Unterabsatz 1,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽²⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission beteiligte sich im Namen der Gemeinschaft an den Verhandlungen zum Abschluß eines Übereinkommens über den Schutz der Alpen (Alpenkonvention); dieses wurde am 7. November 1991 im Namen der Gemeinschaft unterzeichnet.

Der Abschluß des Übereinkommens ist ein Teil des Beitrags der Gemeinschaft zu den internationalen Umweltschutzaktionen, die in der Entschließung des Rates vom 16. Dezember 1992 über das fünfte Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz vorgeschlagen wurden.

Der Schutz der Alpen gehört wegen des grenzüberschreitenden Charakters der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme des Alpenraums zu den wichtigsten Aufgaben aller Mitgliedstaaten.

Die Gemeinschaft sollte aus diesen Gründen das Übereinkommen genehmigen.

Im Hinblick auf ein rasches Inkrafttreten des Übereinkommens sollten die Unterzeichnerstaaten möglichst bald ihre diesbezüglichen Ratifikations-, Annahme- und Genehmigungsverfahren abschließen, damit die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten ihre Ratifikations-, Annahme- und Genehmigungsurkunden hinterlegen können —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Das Übereinkommen über den Schutz der Alpen (Alpenkonvention) wird im Namen der Europäischen Gemeinschaft genehmigt.

Der Wortlaut des Übereinkommens ist diesem Beschluß beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Person oder Personen zu bestellen, die befugt sind, im Namen der Gemeinschaft die Genehmigungsurkunde gemäß Artikel 12 des Übereinkommens bei der Republik Österreich zu hinterlegen.

Geschehen zu Brüssel am 26. Februar 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

W. LUCCHETTI

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 278 vom 5. 10. 1994, S. 8.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 18 vom 23. 1. 1995, S. 426.

⁽³⁾ ABl. Nr. C 110 vom 2. 5. 1995, S. 1.

ÜBEREINKOMMEN**zum Schutz der Alpen (Alpen-Konvention)**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,
DIE ITALIENISCHE REPUBLIK,
DIE REPUBLIK SLOWENIEN,
DAS FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN,
DIE REPUBLIK ÖSTERREICH,
DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

sowie

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

IM BEWUSSTSEIN, daß die Alpen einer der größten zusammenhängenden Naturräume Europas und ein durch seine spezifische und vielfältige Natur, Kultur und Geschichte ausgezeichneter Lebens-, Wirtschafts-, Kultur- und Erholungsraum im Herzen Europas sind, an dem zahlreiche Völker und Länder teilhaben,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Alpen Lebens- und Wirtschaftsraum für die einheimische Bevölkerung sind und auch größte Bedeutung für außeralpine Gebiete haben, unter anderem als Träger bedeutender Verkehrswege,

IN ANERKENNUNG der Tatsache, daß die Alpen unverzichtbarer Rückzugs- und Lebensraum vieler gefährdeter Pflanzen- und Tierarten sind,

IM BEWUSSTSEIN der großen Unterschiede in den einzelnen Rechtsordnungen, den naturräumlichen Gegebenheiten, der Besiedlung, der Land- und Forstwirtschaft, dem Stand und der Entwicklung der Wirtschaft, der Verkehrsbelastung sowie der Art und Intensität der touristischen Nutzung,

IN KENNTNIS der Tatsache, daß die ständig wachsende Beanspruchung durch den Menschen den Alpenraum und eine ökologischen Funktionen in zunehmendem Maße gefährdet und daß Schäden nicht oder nur mit hohem Aufwand, beträchtlichen Kosten und in der Regel nur in großen Zeiträumen behoben werden können,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß wirtschaftliche Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen —

SIND im Gefolge der Ergebnisse der ersten Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9. bis 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

*Artikel 1***Anwendungsbereich**

(1) Gegenstand dieses Übereinkommens ist das Gebiet der Alpen, wie es in der Anlage beschrieben und dargestellt ist.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach durch eine an die Republik Österreich als Verwahrer gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf weitere Teile ihres Hoheitsgebiets erstrecken, sofern dies für die Vollziehung der Bestimmungen dieses Übereinkommens als erforderlich angesehen wird.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

*Artikel 2***Allgemeine Verpflichtungen**

(1) Die Vertragsparteien stellen unter Beachtung des Vorsorge-, des Verursacher- und des Kooperationsprinzips eine ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen unter ausgewogener Berücksichtigung der Interessen aller Alpenstaaten, ihrer alpinen Regionen

sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter umsichtiger und nachhaltiger Nutzung der Ressourcen sicher. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Alpenraum wird verstärkt sowie räumlich und fachlich erweitert.

(2) Zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Ziels werden die Vertragsparteien geeignete Maßnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:

- a) *Bevölkerung und Kultur* — mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung;
- b) *Raumplanung* — mit dem Ziel der Sicherung einer sparsamen und rationellen Nutzung und einer gesunden, harmonischen Entwicklung des Gesamt-raums unter besonderer Beachtung der Naturgefahren, der Vermeidung von Über- und Unternutzungen sowie der Erhaltung oder Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen durch umfassende Klärung und Abwägung der Nutzungsansprüche, vorausschauende integrale Planung und Abstimmung der daraus resultierenden Maßnahmen;
- c) *Luftreinhaltung* — mit dem Ziel der drastischen Verminderung von Schadstoffemissionen und -belastungen im Alpenraum und der Schadstoffverfrachtung von außen, auf ein Maß, das für Menschen, Tiere und Pflanzen nicht schädlich ist;
- d) *Bodenschutz* — mit dem Ziel der Verminderung der quantitativen und qualitativen Bodenbeeinträchtigungen, insbesondere durch Anwendung bodenschonender land- und forstwirtschaftlicher Produktionsverfahren, sparsamen Umgang mit Grund und Boden, Eindämmung von Erosion sowie durch Beschränkung der Versiegelung von Böden;
- e) *Wasserhaushalt* — mit dem Ziel, gesunde Wassersysteme zu erhalten oder wiederherzustellen, insbesondere durch die Reinhaltung der Gewässer, durch naturnahen Wasserbau und durch eine Nutzung der Wasserkraft, die die Interessen der ansässigen Bevölkerung und das Interesse an der Erhaltung der Umwelt gleichermaßen berücksichtigt;
- f) *Naturschutz und Landschaftspflege* — mit dem Ziel, Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, daß die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Leistungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit dauerhaft gesichert werden;
- g) *Berglandwirtschaft* — mit dem Ziel, im Interesse der Allgemeinheit die Bewirtschaftung der traditionellen Kulturlandschaften und eine standortgerechte, umweltverträgliche Landwirtschaft zu erhalten und unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen zu fördern;

h) *Bergwald* — mit dem Ziel, Erhaltung, Stärkung und Wiederherstellung der Waldfunktionen, insbesondere der Schutzfunktion durch Verbesserung der Widerstandskraft der Waldökosysteme, namentlich mittels einer naturnahen Waldbewirtschaftung und durch die Verhinderung waldschädigender Nutzungen unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen im Alpenraum;

i) *Tourismus und Freizeit* — mit dem Ziel, unter der Einschränkung umweltschädigender Aktivitäten, die touristischen und Freizeitaktivitäten mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang zu bringen, insbesondere durch Festlegung von Ruhe-zonen;

j) *Verkehr* — mit dem Ziel, Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß zu senken, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist, unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene, vor allem durch Schaffung geeigneter Infrastrukturen und marktkonformer Anreize, ohne Diskriminierung aus Gründen der Nationalität;

k) *Energie* — mit dem Ziel, eine natur- und landschafts-schonende sowie umweltverträgliche Erzeugung, Verteilung und Nutzung der Energie durchzusetzen und energiesparende Maßnahmen zu fördern;

l) *Abfallwirtschaft* — mit dem Ziel, unter besonderer Berücksichtigung der Abfallvermeidung eine den besonderen topographischen, geologischen und klimatischen Bedürfnissen des Alpenraums angepaßte Abfallerfassung, -verwertung und -entsorgung sicherzustellen.

(3) Die Vertragsparteien vereinbaren Protokolle, in denen Einzelheiten zur Durchführung dieses Übereinkommens festgelegt werden.

Artikel 3

Forschung und systematische Beobachtung

Die Vertragsparteien vereinbaren, auf den in Artikel 2 genannten Gebieten

- a) Forschungsarbeiten und wissenschaftliche Bewertungen durchzuführen und dabei zusammenzuarbeiten;
- b) gemeinsame oder einander ergänzende Programme zur systematischen Beobachtung zu entwickeln;
- c) Forschung und Beobachtung sowie die dazugehörige Datenerfassung zu harmonisieren.

Artikel 4

Zusammenarbeit im rechtlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Bereich

(1) Die Vertragsparteien erleichtern und fördern den Austausch rechtlicher, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Informationen, die für dieses Übereinkommen erheblich sind.

(2) Die Vertragsparteien informieren einander zur größtmöglichen Berücksichtigung grenzüberschreitender und regionaler Erfordernisse über geplante juristische oder wirtschaftliche Maßnahmen, von denen besondere Auswirkungen auf den Alpenraum oder Teile desselben zu erwarten sind.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten mit internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen soweit erforderlich zusammen, um das Übereinkommen und die Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, wirksam durchzuführen.

(4) Die Vertragsparteien sorgen in geeigneter Weise für eine regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Forschungen, Beobachtungen und getroffene Maßnahmen.

(5) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus diesem Übereinkommen im Informationsbereich gelten vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit. Vertraulich bezeichnete Informationen müssen als solche behandelt werden.

Artikel 5

Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz)

(1) Die gemeinsamen Anliegen der Vertragsparteien und ihre Zusammenarbeit sind Gegenstand regelmäßig stattfindender Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz).

Die erste Tagung der Alpenkonferenz wird spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch eine einvernehmlich zu bestimmende Vertragspartei einberufen.

(2) Danach finden in der Regel alle zwei Jahre ordentliche Tagungen der Alpenkonferenz bei der Vertragspartei statt, die den Vorsitz führt. Vorsitz und Sitz wechseln nach jeder ordentlichen Tagung der Alpenkonferenz. Beides wird von der Alpenkonferenz festgelegt.

(3) Die vorsitzführende Vertragspartei schlägt jeweils die Tagesordnung für die Tagung der Alpenkonferenz vor. Jede Vertragspartei hat das Recht, weitere Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

(4) Die Vertragsparteien übermitteln der Alpenkonferenz Informationen über die von ihnen zur Durchführung dieses Übereinkommens und der Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, getroffenen Maßnahmen, vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit.

(5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen, der Europarat sowie jeder europäische Staat können auf den Tagungen der Alpenkonferenz als Beobachter teilnehmen. Das gleiche gilt für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse alpiner Gebietskörperschaften. Die Alpenkonferenz kann außerdem einschlägig tätige inter-

nationale nichtstaatliche Organisationen als Beobachter zulassen.

(6) Eine außerordentliche Tagung der Alpenkonferenz findet statt, wenn sie von ihr beschlossen oder wenn es zwischen zwei Tagungen von einem Drittel der Vertragsparteien bei der vorsitzführenden Vertragspartei schriftlich beantragt wird.

Artikel 6

Aufgaben der Alpenkonferenz

Die Alpenkonferenz prüft auf ihren Tagungen die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und nimmt auf ihren Tagungen insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) Sie beschließt Änderungen des Übereinkommens im Rahmen des Verfahrens des Artikels 10.
- b) Sie beschließt Protokolle und deren Anlagen sowie deren Änderungen im Rahmen des Verfahrens des Artikels 11.
- c) Sie beschließt ihre Geschäftsordnung.
- d) Sie trifft die notwendigen finanziellen Entscheidungen.
- e) Sie beschließt die Einrichtung von zur Durchführung des Übereinkommens für notwendig erachteten Arbeitsgruppen.
- f) Sie nimmt die Auswertung wissenschaftlicher Informationen zur Kenntnis.
- g) Sie beschließt oder empfiehlt Maßnahmen zur Verwirklichung der in Artikel 3 und Artikel 4 vorgesehenen Ziele, legt Form, Gegenstand und Zeitabstände für die Übermittlung der nach Artikel 5 Absatz 4 vorzulegenden Informationen fest und nimmt diese Informationen sowie die von den Arbeitsgruppen vorgelegten Berichte zur Kenntnis.
- h) Sie stellt die Durchführung der notwendigen Sekretariatsarbeiten sicher.

Artikel 7

Beschlußfassung in der Alpenkonferenz

(1) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, faßt die Alpenkonferenz ihre Beschlüsse mit Einstimmigkeit. Sind hinsichtlich der in Artikel 6 Buchstabe c), f) und g) genannten Aufgaben alle Bemühungen um eine Einstimmigkeit erschöpft und stellt der Vorsitzende dies ausdrücklich fest, so wird der Beschluß mit Dreiviertelmehrheit der auf der Sitzung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

(2) In der Alpenkonferenz hat jede Vertragspartei eine Stimme. In ihrem Zuständigkeitsbereich übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit einer Stimmzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten

entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben.

Artikel 8

Ständiger Ausschuß

- (1) Ein Ständiger Ausschuß der Alpenkonferenz, der aus den Delegierten der Vertragsparteien besteht, wird als ausführendes Organ eingerichtet.
- (2) Unterzeichnerstaaten, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben, haben in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses Beobachterstatus. Dieser kann darüber hinaus jedem Alpenstaat, der diese Konvention noch nicht unterzeichnet hat, auf Antrag gewährt werden.
- (3) Der Ständige Ausschuß beschließt seine Geschäftsordnung.
- (4) Der Ständige Ausschuß bestimmt außerdem über die Modalitäten der allfälligen Teilnahme von Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen an seinen Sitzungen.
- (5) Die in der Alpenkonferenz vorsitzführende Vertragspartei stellt den Vorsitz im Ständigen Ausschuß.
- (6) Der Ständige Ausschuß nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 - a) er sichtet die von den Vertragsparteien übermittelten Informationen gemäß Artikel 5 Absatz 4 zur Berichterstattung an die Alpenkonferenz;
 - b) er sammelt und bewertet Unterlagen im Hinblick auf die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und legt sie der Alpenkonferenz gemäß Artikel 6 zur Überprüfung vor;
 - c) er unterrichtet die Alpenkonferenz über die Durchführung ihrer Beschlüsse;
 - d) er bereitet inhaltlich die Tagungen der Alpenkonferenz vor und kann Tagesordnungspunkte sowie sonstige Maßnahmen betreffend die Durchführung des Übereinkommens und seiner Protokolle vorschlagen;
 - e) er setzt entsprechend Artikel 6 Buchstabe e) Arbeitsgruppen für die Erarbeitung von Protokollen und Empfehlungen ein und koordiniert deren Tätigkeit;
 - f) er überprüft und harmonisiert Inhalte von Protokollentwürfen unter ganzheitlichen Aspekten und schlägt sie der Alpenkonferenz vor;
 - g) er schlägt Maßnahmen und Empfehlungen zur Verwirklichung der in dem Übereinkommen und den Protokollen enthaltenen Ziele der Alpenkonferenz vor.
- (7) Die Beschlußfassung im Ständigen Ausschuß erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Artikels 7.

Artikel 9

Sekretariat

Die Alpenkonferenz kann die Errichtung eines ständigen Sekretariats mit Einstimmigkeit beschließen.

Artikel 10

Änderungen des Übereinkommens

Jede Vertragspartei kann der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei Vorschläge für Änderungen dieses Übereinkommens unterbreiten. Solche Vorschläge werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt.

Die Änderungen des Übereinkommens treten gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 des Artikels 12 in Kraft.

Artikel 11

Protokolle und ihre Änderung

- (1) Protokollentwürfe im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt.
- (2) Die von der Alpenkonferenz beschlossenen Protokolle werden anlässlich ihrer Tagungen oder danach beim Verwahrer unterzeichnet. Sie treten für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben. Für das Inkrafttreten eines Protokolls sind mindestens drei Ratifikationen, Annahmen oder Genehmigungen erforderlich. Die betreffenden Urkunden werden bei der Republik Österreich als Verwahrer hinterlegt.
- (3) Soweit im Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, gelten für das Inkrafttreten und die Kündigung eines Protokolls die Artikel 10, 13 und 14 sinngemäß.
- (4) Für Änderungen der Protokolle gelten entsprechend die Absätze 1 bis 3.

Artikel 12

Unterzeichnung und Ratifizierung

- (1) Dieses Übereinkommen liegt ab dem 7. November 1991 bei der Republik Österreich als Verwahrer zur Unterzeichnung auf.

(2) Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(3) Das Übereinkommen tritt drei Monate nach dem Tag in Kraft, nach dem drei Staaten ihre Zustimmung gemäß Absatz 2 ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(4) Für jeden Unterzeichnerstaat, der später seine Zustimmung gemäß Absatz 2 ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 13

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 14

Notifikationen

Der Verwahrer notifiziert den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 12;
- d) jede nach Artikel 1 Absätze 2 und 3 abgegebene Erklärung;
- e) jede nach Artikel 13 vorgenommene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommens unterschrieben.

Geschehen zu Salzburg am 7. November 1991 in deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Staatsarchiv der Republik Österreich hinterlegt wird. Der Verwahrer übermittelt den Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften.

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 19. Februar 1996

mit Sonderbedingungen für die Einfuhr von Fischvollkonserven mit Ursprung in Rußland

(Text von Bedeutung für den EWR)

(96/192/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von Fischereierzeugnissen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, insbesondere auf Artikel 11,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Eine Sachverständigengruppe der Kommission hat Rußland besucht, um die Erzeugungs-, Lager- und Vermarktungsbedingungen für Fischereierzeugnisse zu überprüfen.

Für die Erstellung der Liste der für die Ausfuhr von Fischereierzeugnissen nach der Europäischen Union zugelassenen Betriebe und Fabrikschiffe ist der Fischereiausschuß der Russischen Föderation zuständig. Dieser Ausschuß hat den Landesauschuß für die gesundheitliche und epidemiologische Überwachung (Goskomsanepidnadzor) mit der Überprüfung der Einhaltung der Gesundheits-, Hygiene- und Genußtauglichkeitsvorschriften beauftragt.

Die in Rußland zuständige Behörde hat nicht die für Fischkonserven erforderlichen Garantien übernommen.

Die Einzelheiten der Gesundheitsbescheinigung gemäß Artikel 11 Absatz 4 Buchstabe a) der Richtlinie 91/493/EWG umfassen die Feststellung eines Bescheinigungsmusters, die Wahl der Sprache oder Sprachen, in der die Bescheinigung erstellt werden muß, und die Amtsbezeichnung des Unterzeichneten.

Gemäß Artikel 11 Absatz 4 Buchstabe b) der Richtlinie 91/493/EWG muß auf den Verpackungen der Fischereierzeugnisse eine Markierung angebracht werden, die den

Namen des Drittlands und die Zulassungsnummer des Ursprungbetriebs umfaßt.

Gemäß Artikel 11 Absatz 4 Buchstabe c) der Richtlinie 91/493/EWG ist ein Verzeichnis der zugelassenen Betriebe und Fabrikschiffe zu erstellen. Dieses Verzeichnis muß auf der Grundlage einer Mitteilung an die Kommission vom Fischereiausschuß der Russischen Föderation erstellt werden.

Bei der Ankunft der russischen Fischvollkonserven in der Gemeinschaft ist festzustellen, ob die Erzeugungsbedingungen eingehalten worden sind.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Überprüfung und Bescheinigung der Konformität von Fischvollkonserven mit den Anforderungen der Richtlinie 91/493/EWG in Rußland ist der Fischereiausschuß der Russischen Föderation in Zusammenarbeit mit dem Landesauschuß für gesundheitliche und epidemiologische Überwachung (Goskomsanepidnadzor) zuständig.

Artikel 2

Die Fischvollkonserven mit Ursprung in Rußland müssen folgenden Anforderungen genügen:

1. Jeder Erzeugnissendung muß, ausgenommen für die in Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 91/493/EWG genannten Fischereierzeugnisse, das aus einem einzigen Blatt bestehende Original einer Genußtauglichkeitsbescheinigung nach dem Muster in Anhang A beiliegen, ordnungsgemäß ausgefüllt, datiert und unterzeichnet.
2. Die Fischvollkonserven müssen aus zugelassenen, in dem Verzeichnis in Anhang B aufgelisteten Betrieben oder Fabrikschiffen stammen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 15.

3. Jede Vollkonserve muß unverwischbar folgende Angaben tragen:

- die Angabe „Rußland“;
- die Zulassungsnummer des Ursprungsbetriebs oder Fabriksschiffs;
- die Kennnummer der Fabrikationsserie.

Artikel 3

(1) Die Bescheinigung gemäß Artikel 2 Nummer 1 muß mindestens in einer der Amtssprachen des Mitgliedsstaats ausgestellt werden, in dem die Kontrollen erfolgen.

(2) Die Bescheinigung muß den Namen, die Amtsbezeichnung und die Unterschrift des Vertreters des Landesausschusses für gesundheitliche und epidemiologische Überwachung (Goskomsanepidnadzor) sowie dessen Amtssiegel in einer Farbe tragen, die sich von der Farbe

der übrigen Angaben auf der Bescheinigung unterscheidet.

Artikel 4

Die Mitgliedstaaten verschärfen die bei der Ankunft in der Gemeinschaft vorzunehmende Warenkontrolle.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG A

GESUNDHEITSBESCHEINIGUNG

für Fischvollkonserven mit Ursprung in Rußland, die für die Europäische Gemeinschaft bestimmt sind

Bezugsnummer:

Versandland: RUSSLAND

Zuständige Behörde: Fischereiausschuß der Russischen Föderation

Inspektionsdienst: Landesauschuß für gesundheitliche und epidemiologische Überwachung (Goskomsanepidnadzor)

I. Identifizierung der Fischereierzeugnisse

Bezeichnung der Fischvollkonserven:

— Art (wissenschaftliche Bezeichnung):

— Zustand und Art der Behandlung:

Kennummer(n) der Fabrikationsserie:

Art der Verpackung:

Zahl der Packstücke:

Nettogewicht:

Vorgeschriebene Lager- und Beförderungstemperatur:

II. Ursprung des Erzeugnisses

Name(n) und amtliche Zulassung(en) des/der Betriebs(e) oder Fabrikschiffs(e), die vom Fischereiausschuß der Russischen Föderation zur Ausfuhr nach der Gemeinschaft zugelassen sind:

.....
.....
.....
.....
.....

III. Bestimmung der Erzeugnisse

Die Erzeugnisse werden versandt

von:
(Versandort)

nach:
(Bestimmungsort- und -land)

mit folgendem Beförderungsmittel:

Name und Anschrift des Versenders:

Name des Empfängers und Anschrift des Bestimmungsorts:

IV. Bescheinigung

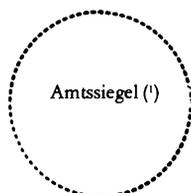
Der amtliche Inspektor bescheinigt, daß die vorstehend beschriebenen Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse:

1. gemäß den Anforderungen der Kapitel I, III und IV im Anhang der Richtlinie 91/493/EWG zubereitet worden sind;
2. gemäß Kapitel V im Anhang der Richtlinie 91/493/EWG einer Gesundheitskontrolle unterworfen worden sind;
3. gemäß den Kapiteln VI, VII und VIII im Anhang der Richtlinie 91/493/EWG verpackt, identifiziert, gelagert und befördert worden sind;
4. nicht von giftigen oder Biotoxine enthaltenden Arten stammen;
5. den für bestimmte Kategorien von Fischereierzeugnissen mit der Richtlinie 91/493/EWG und den dazu erlassenen Durchführungsentscheidungen festgelegten Kriterien entsprechen.

Ausgefertigt in, am

(Ort)

(Datum)



Amtssiegel (!)

.....
(Unterschrift des amtlichen Inspektors) (!).....
(Name in Großbuchstaben und Amtsbezeichnung) (!)

(!) Die Farbe des Siegels und der Unterschrift muß sich von den anderen Angaben der Bescheinigung unterscheiden.

ANHANG B

VERZEICHNIS DER ZUGELASSENEN BETRIEBE UND FABRIKSCHIFFE

I. Betriebe

Nummer	Name	Anschrift	Zugelassen bis
27	KHAR IUZOVSKY	Kamchatka	31.12.1996
48	OKTIABRSKY	Kamchatka	31.12.1996
55	POSEIDON	Kamchatka	31.12.1996
62	RYBAKON	Kamchatka	31.12.1996
66	YST KAMCHATSKY	Kamchatka	31.12.1996
99	KORSAKOV	SAKHALIN, KORSAKOV	31.12.1996
136	RUSKAIA IKRA	ASTRAKHAN	31.12.1996
341	Fisheries cooperative KIROV	OZERSKY, SAKHALINSKY AREA	31.12.1996
491	Fisheries cooperative ZA RODINY (workshop 1)	SVETLY KALININGRAD region	31.12.1996
770	Fisheries cooperative DRUZHBA	PORONAYSK, SAKHALINSKY AREA	31.12.1996
889	SOVETSKOIE ZAPOLARIE	SAKHALIN, KHOLMSK	31.12.1996
P70	Fisheries cooperative KOTOVSKY	DOLINSKY, SAKHALINSKY AREA	31.12.1996
T125	Fisheries cooperative ZA RODINY (workshop 2)	SVETLY KALININGRAD region	31.12.1996

II. Fabrikschiffe

Nummer	Name	Name und Anschrift des Reeders	Zulassung erteilt bis zum
60	SOVETSKAIA ROSSIA	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
63	DALNEI VOSTOK	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
67	VLADIVOSTOK	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
92	VASIEI POUTENTSEV	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
102	SERGUEI LAZO	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
269	KONSTANTIN SOUKHANOV	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
270	BLUKHER	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
275	PAVEL POSTYSHEV	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
289	LENINSKEI LUTCH	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
290	SVETLEI LUTCH	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
628	KORABLESTROITEL KIPOTOV	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
671	LETONOME OUBOREVITCH	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
P08	VSEVOLOD SIBITTSEV	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
X12	RYBAK PRIMORIA	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
X61	RYBAK VLADIVOSTOKA	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
X74	P. INDUSTRIA	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
01A	SEVRYBA-1	Sevryba JSC, Murmansk 2	31.12.1996
02A	ANTIAS	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlovsk, Kamchatskei	31.12.1996
03A	KAPRODON	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlovsk, Kamchatskei	31.12.1996
04A	ALANETT	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlovsk, Kamchatskei	31.12.1996

Nummer	Name	Name und Anschrift des Reeders	Zulassung erteilt bis zum
05A	KALKAN	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
06A	BLANKET	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
07A	TIBURON	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
08A	KALAM	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
09A	VERASPER	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
10A	GRUPER	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
11A	KAPELAN	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
12A	TARPON	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
13A	TAMKOD	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
14A	VITUS BERING	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
15A	VILYUCHINSKY	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
16A	ALESKSEY CHIRIKOV	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
17A	PETR ILIN	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
18A	VIKTORIA-1	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
19A	VASILEI GOLOVIN	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
20A	AKROS	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
21A	CHERKESSK	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
22A	KASHIRA	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
23A	VODOLAZ	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
24A	RATKOVO	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
25A	CHEBARKUL	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
26A	RAKSHA	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
27A	YAKOV PAVLOV	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
28A	TALDAN	AKROS Fishing Company Ltd Petropavlosvsk, Kamchatskei	31.12.1996
29A	KAPITAN DEMIDENKO	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
30A	KAPITAN NAZIN	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
31A	KAPITAN KAEIZER	Dalmoreproduct, Vladivostok	31.12.1996
32A	SALMI	BRIZ Co., Moscow	31.12.1996
33A	PREOBRAZENIE	BRIZ Co., Moscow	31.12.1996

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 27. Februar 1996

zur Änderung der Entscheidung 94/198/EG mit Sonderbedingungen für die Einfuhr von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur mit Ursprung in Brasilien

(Text von Bedeutung für den EWR)

(96/193/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Feststellung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von Fischereierzeugnissen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/71/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 11 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Das Verzeichnis der von Brasilien zur Einfuhr von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur in die Gemeinschaft zugelassenen Betriebe ist mit der Entscheidung 94/198/EG der Kommission⁽³⁾ erstellt worden. Dieses Verzeichnis kann nach Übermittlung eines neuen Verzeichnisses durch die zuständige Behörde in Brasilien geändert werden.

Die zuständige Behörde in Brasilien hat ein neues Verzeichnis übermittelt.

Das Verzeichnis der zugelassenen Betriebe ist entsprechend zu ändern.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen dem mit der Entscheidung 90/13/EWG der Kommission⁽⁴⁾ eingeführten Verfahren —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang B der Entscheidung 94/198/EG wird durch den Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 27. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 15.⁽²⁾ ABl. Nr. L 332 vom 30. 12. 1995, S. 40.⁽³⁾ ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1994, S. 26.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 8 vom 11. 1. 1990, S. 70.

ANHANG

„ANHANG B

VERZEICHNIS DER ZUGELASSENEN BETRIEBE

Nummer	Name	Anschrift
0002	Ital Fish Indústria e Comércio Ltda	Barra do Itapemirim
0015	Pescados Silveira S/A	Florianópolis
0017	Belém Pesca S/A	Belém
0020	Itasul — Indústria e Comércio de Pescado S/A	Itajai
0024	Indústria de Pesca do Ceará S/A — Ipecea	Luis Correa
0096	Pesca Alto Mar S/A Pam	Areia Branca
0121	Atlântica Pesca Ltda	Belém
0123	Mariscos Industrial de Cascavel Ltda	Cascavel
0198	Atlântica Pesca Ltda	Belém
0199	Pesqueira Pioneira da Costa	Porto Belo
0209	Friesp — Frigorífico Espiritosantense de Pescado Ltda	Conceição da Barra
0211	Lins — Indústria e Comércio Ltda	São Bernardo do Campo
0241	Torquato Pontes Pescados S/A	Rio Grande
0274	Edemir Alexandre Camargo	Tijucas
0282	Brasfish Industria de Pescados Ltda	Itajai
0295	Mf Gomes Comércio e Indústria S/A	Macapá
0314	Quaker Alimentos Ltda	Itajai
0327	Serpa Comércio e Indústria de Pescados Ltda	Itajai
0349	Ipesca Indústria de Frio e Pesca S/A	Fortaleza
0369	Damm Produtos Alimentícios Ltda	Osasco
0376	Empesca S/A — Construções Navais, Pesca e Exportação	Acarau
0442	Pina Intercâmbio Comercial, Industrial e Pesca S/A	Belém
0496	Delmar Produtos do Mar S/A	Fortaleza
0558	Femepe — Indústria e Comércio de Pescado S/A	Navegantes
0569	Caiçara Comércio e Exportação Ltda	Recife
0574	Mederiã Venâncio de Almeida Corumbá Júnior	Paranaguá
0586	Cooperativa Mista de Pesca Nipo Brasileira	Guaruja
0624	Empresa Pesqueira da Barra de São João Ltda	Casimiro de Abreu
0634	Empesca S/A — Construções Navais, Pesca e Exportação	Aracati
0696	Indústrias Alimentícias Beira Alta S/A	Rio de Janeiro
0715	Norte Pesca S/A	Natal
0766	Vivamar S/A Indústria e Comércio	Rio de Janeiro
0770	Barrapesca-Cia de Pesca de Conceição da Barra	Conceição da Barra
0786	Braslo — Produtos de Carne Ltda	Embú
0802	Fragata Comércio de Pescados Ltda	Santos
0856	Cooperativa Mista de Pesca Nipo Brasileira	Guaruja
0864	Crisal Exportação e Importação Ltda	Recife
0886	Bompesca Comércio de Materiais de Pesca Ltda	Acarau
0948	Leal Santos Pescados Ltda	Rio Grande
0951	Impescal — Indústria de Pesca Ltda	Guaratuba
0958	Jahú Indústria e Comércio de Pescados Ltda	Rio Grande
0971	Icapel Icapui Pesca Ltda	Aracati
1040	Empesca S/A Construções Navais Pesca e Exportação	Óbidos
1061	Promar S/A Indústria e Comércio de Pescados	Rio Grande
1074	São Tomé Indústria e Comércio de Pescado Ltda	Campos
1080	Frigoríficos Santa Andréa Ltda	Campos
1100	Rio Amazonas Comércio de Pescados Ltda	Manaus

Nummer	Name	Anschrift
1161	Indústria de Frios e Pesca Ltda — Ifril	Maceió
1176	Comércio e Representações Meso Ltda	Vitória
1214	Aracati Comércio, Exportação e Representações Ltda	Ravos
1229	Ranário Fujioka Nishi Ltda	Hidrolândia
1246	Frigorífico Calombé Indústria e Comércio Ltda	Duque de Caxias
1257	Pesqueira Pioneira da Costa S/A	Florianópolis
1267	Seabras Comercial Importadora e Exportadora Ltda	Iguape
1275	Icap Indústria e Comércio Catarinense de Pescado Ltda	Itajai
1285	Pescampello Indústria e Comércio de Pescado Ltda	Touros
1354	Mercantil Acarau Ltda	Fortaleza
1430	Salseiros Indústria e Comércio Ltda	Itajai
1437	Trans Caribbean	(Porto Base) Cabedelo
1681	Miami — Comércio e Exportação de Pescados Ltda	Cananéia
1745	Embrapesca Empresa Brasileira de Pesca S/A	Fortaleza
1768	Janasa Jan Produtos do Mar S/A	Camocim
1786	Produmar — Cia Exportadora de Produtos do Mar	Natal
1801	Souto Oliveira S/A Indústria de Alimentação	Pelotas
1802	Gomes da Costa Alimentos S/A	Niterói
1839	Taiyo Indústria de Pesca S/A	Santos
1858	Quaker Alimentos Ltda	São Gonçalo
1872	Indústria e Comércio Figueiredo S/A	Rio Grande
1889	Comard S/A	Italai
1896	Irاندuba Ltda	Irاندuba
1926	Frigorífico Rio Pel S/A-Indústria de Carnes, Derivados e Conservas	Capão do Leão
1929	Pesca Alto Mar S/A	Recife
1939	Brafish Indústria e Comércio Ltda	Cabo Frio
2028	Furtado S/A Comércio e Indústria	Rio Grande
2039	Trans Caribbean	Cabedelo
2047	Hsang Jang	Cabedelo
2067	União Brasileira de Pesca e Conservas S/A	São Gonçalo
2072	Pescado Silveira S/A	Penha
2076	Primar S/A-Produtos Industrializados do Mar	Belém
2079	Manoel Pereira de Almeida S/A Indústria e Comércio	Rio Grande
2082	Atlântica Pescados Ltda	Rio Grande
2083	Pescal S/A	Rio Grande
2087	Mipesca Indústria e Comércio de Pescado S/A	Itajai
2132	Rio Grande Produtos Alimentícios Ltda	Rio Grande
2141	Empesca S/A, Construções Navais Pesca e Exportação	Belém
2154	Ipecea — Indústria de Pesca do Ceará S/A	Fortaleza
2167	Sul Atlântico de Pesca S/A Indústria e Comércio	Itajai
2169	Albano de Oliveira, Sobrinho e Cia Ltda	Rio Grande
2176	Frimorite Frigorífico Ltda	São Gonçalo
2214	Alvarenga — Comércio e Indústria da Pesca Ltda	Vitória
2242	Amasa — Amazonas Indústrias Alimentícias S/A	Belém
2359	Liotécnica Química Ltda	Erbú
2369	Franzese Indústria e Comércio da Pesca Ltda	Guarujá
2370	Interfrios Intercâmbio de Frios S/A	Fortaleza
2383	Protemar Proteínas Indústria e Comércio Ltda	Nova Iguaçu
2400	Acqua S/A Aquicultura	Bananal
2413	Transporte e Comércio de Pescados Magalhães Ltda	Cabo Frio
2427	Brásfrigo S/A	Itajai
2446	Costa Sul Pescados Ltda	Penha
2503	Koden Indústria, Comércio, Importação e Exportação Ltda	Praia Grande

Nummer	Name	Anschrift
2535	Schmitt & Hasegawa Ltda	Navegantes
2537	Pescanave S/A Pesca e Exportação	Camocim
2554	Comércio de Pescados Cairçara Ltda	Santos
2574	Cefrinor Centrais de Estocagem Frigorificada do Nordeste Ltda	Simões Filho
2605	Comércio e Indústria de Pescado Kowalsky Ltda	Itajai
2644	Leal Santos Pescados S/A	Macapá
2721	Mercomer Indústria e Comércio de Pescados Ltda	Santos
2759	Pesqueira Nacional S/A	Rio Grande
2786	Maricultura da Bahia S/A	Valença
2834	Cooperi-Cooperativa Mista dos Pescadores de Ilhéus	Ilhéus
2840	Rander-Agroindústria, Comércio e Exportação Ltda	Gama
2908	Freitas Lemos Ltda	Belém
2935	Irmãos Braga Exportadora Ltda	Belém
2945	Da Hora Indústria, Comércio e Exportação Ltda	Cabo Frio
2953	Golfinho Azul Indústria, Comércio e Exportação Ltda	Cananéia
3010	Aumar Importação e Exportação Ltda	Rio Grande
3020	Proculmar Importação e Exportação S/A	Santa Luzia Norte
3087	Alimar Pesca e Exportação Ltda	Ilhéus
3088	Empesca S/A-Construções Navais, Pesca e Exportação	Touros
3093	Atlântico Marinho Ltda	Recife
3110	Villepesca Indústria e Comércio de Pescado Ltda	Guarapari
3174	Furtado S/A Comércio e Indústria	Itajai
3197	Jardel-Exportadores de Produtos da Amazônia Ltda	Belém
3208	Pesca Alto Mar S/A	Natal
3210	Empesca S/A-Construções Navais Pesca e Exportação	Natal
3237	Compescal Comércio de Pescado Arcatiense Ltda	Aracati
3250	Mundial Exportadora Comercial Ltda	Obidos
3289	M.J. Couto de Abreu	Santos
3291	Capiatã Aquicultura Comércio e Exportação Ltda	Coruripe
3307	Surgelpesca Brasil Comércio e Exportação Ltda	Rio de Janeiro
3373	Infrapesca-Indústria de Frios e Pesca Ltda	Aracati
3417	Bia Ltda-Brasil Indústria de Alimentos-Importação e Exportação	Fortaleza
3419	Pesca Alto Mar S/A	Aracati
3446	Discapel Indústria e Comércio de Géneros Alimentícios Ltda	Itajai
3484	Pernambucoexport Comércio Internacional Ltda	Recife
3588	Secom Aquicultura Comércio e Indústria S/A	Luis Correa
3609	Valença da Bahia Maricultura S/A	Valença
3747	Ancora — Indústria e Comércio de Pescados Ltda	Ilhéus
3794	Lagostus Comércio e Exportação de Pescado Ltda	Itapemirim
3806	Oriental Importação e Exportação Ltda	Belém
1235	Chun Hong n° 101 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Cabedelo
1323	Trans Caribbean n° 137 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Cabedelo
1421	Trans Caribbean n° 127 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Cabedelo
3541	Kawai Suisan Comércio de Pescado Ltda (Yurio Maru n° 58)	Santos
3542	Kawai Suisan Comércio de Pescado Ltda (Yurio Maru n° 85)	Santos
3543	Kawai Suisan Comércio de Pescado Ltda (Heisei Maru n° 1)	Santos
3611	Chung I-66 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém
3612	Chung I-III (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém
3613	Chung I-II6 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém
3712	Chung I-2I (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém
3895	Jui Jih-101 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Cabedelo
3918	Hsiang An 102 (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém
3949	Jin Yi-Hsiang (Resp./Tunamar Comércio Ltda)	Belém